

## „Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist ungerecht und eine verdeckte Rentenkürzung“

Die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters ist nicht ungerecht und auch keine versteckte Rentenkürzung. Die Menschen lernen länger und steigen heute später in das Berufsleben ein. Zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen und können länger arbeiten. Diese Tendenz nimmt zu. Gleichzeitig steigt die Lebenserwartung kontinuierlich an. Von 1980 bis 2007 hat sich die Dauer des Rentenbezugs in den alten Bundesländern um fünf Jahre, von ca. 12 auf ca. 17 Jahre verlängert. Daher bekommen Rentnerinnen und Rentner fünf Jahre mehr Rente für die von ihnen gezahlten Beiträge. Die längere Lebenszeit wirkt wie eine Rentenerhöhung. Diese Entwicklung setzt sich fort. Aus diesen Gründen wird das Renteneintrittsalter in einem Zeitraum von 17 Jahren, von 2012 bis 2029, schrittweise um zwei Jahre auf 67 erhöht. Gleichzeitig werden für diese zusätzlichen Arbeitsjahre auch rentensteigernde Beiträge gezahlt. Insofern ist die Anhebung des Renteneintrittsalters auch eine notwendige Maßnahme, um bei späterem Berufseintritt ausreichende Beitragszeiten für gute Renten überhaupt zu erreichen.

Dennoch ist es auch richtig, dass die körperliche und psychische Belastung von Menschen im Beruf sehr unterschiedlich ist. Menschen mit sehr hohen Belastungen haben oft schon ab 50 oder 55 Jahren Probleme, im Arbeitsalltag Schritt zu halten. Ihnen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung. Wir wollen Menschen durch Qualifizierung und Arbeitsschutz dabei unterstützen, länger im Berufsleben bleiben zu können. Außerdem wollen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch bessere Möglichkeiten unterstützen, gleitend aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand übergehen zu können.

### Wir wollen:

- Gute Arbeit sichert gute Renten!

Wir halten daran fest, dass die Rente sich an den eingezahlten Beiträgen aus Lohnarbeit messen soll. Damit die Rente ein gutes Niveau hat und auch Ausdruck der Lebensleistung von Menschen bleibt, brauchen wir faire Löhne und Mindestlöhne.

- Alle, die langjährig voll gearbeitet haben, sollen eine armutsfeste Rente bekommen!

Durch Lohndumping und Arbeitslosigkeit droht in der Zukunft eine wachsende Altersarmut – vor allem in den neuen Bundesländern. Deshalb werden wir Maßnahmen ergreifen, dies zu verhindern – zum Beispiel die Aufwertung von Rentenasprüchen aus niedrig entlohnter Arbeit und Langzeitarbeitslosigkeit.

- Alle sollen Zugang zu einer guten gesetzlichen Rente haben!

Wir wollen in einem ersten Schritt allen Solo-Selbständigen die Möglichkeit geben, eine gesetzliche Rente zu bekommen und so die Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung ausbauen.